

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904

18.3.1904 (No. 101)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 18. März.

№ 101.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Pettzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Überlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsentwürfe werden nicht zurückgesandt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung.

1904.

Graf Bülow über die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes.

Berlin, 16. März. Bei der Beratung des Aufstetats in der gestrigen Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses gab in der Debatte über die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes der Reichstanzler Ministerpräsident Graf Bülow folgende Erklärung ab: Als ich diesen Saal betrat, äußerte der Abg. Hadenberg die Befürchtung, daß die Regierung auf kirchenpolitischen Gebiete Zugeständnisse machen könnte. Er sprach von Nachgiebigkeit gegenüber einer Partei dieses Hauses, gegenüber dem Zentrum, er sprach von kleinen Geschenken. In der Presse habe ich sogar das Wort „Handel“ gelesen. Ich freue mich, daß ich Gelegenheit habe, diese Vorwürfe einmal von dieser Stelle aus zu beleuchten. Was soll denn das ewige Geschrei? Ich spreche selbstverständlich nicht von den Herren dieses Hauses (Heiterkeit), denn die Debatte hier wird zu meiner lebhaften Genugtuung in einer würdigen Weise geführt, sondern ich spreche von dem Geschrei außerhalb des Hauses. Was soll das Geschrei von der Nachgiebigkeit gegenüber dem Zentrum, von der Abhängigkeit der Regierung vom Zentrum, vom „Handel“? Wo sind denn die Kasse, die Staatskasse, die ich habe hinweggetrieben lassen? (Heiterkeit.) Schalten Sie mir, auf die angeblichen Zugeständnisse an das Zentrum entgegen. Wenn ich dabei auch Fragen berühren muß, die streng genommen, nicht vor das Forum dieses Hauses gehören, sondern vor das Forum des Reichstages, so tue ich es, um solche Anlagen nicht unwiderprochen ins Land gehen zu lassen. Was hat man mir nicht alles vorgeworfen? Man hat als solche Konzession angedeutet wollen das Gesetz zur Sicherung des Wahlgeheimnisses, das sogenannte Abstammungsgesetz. Diese Forderung war, bevor sie erfüllt wurde, von keiner Seite sehr ernstlich befohlen worden. (Widerspruch rechts.) Sie war eigentlich gestellt und motiviert worden von liberaler Seite, und von niemandem lebhafter, als von dem früheren Abg. Dr. Barth, den man doch nicht für einen heimlichen Förderer des Zentrums halten wird. (Große Heiterkeit im Zentrum.) Man hat mir weiter als besondere Konzession an das Zentrum vorgeworfen die Erhöhung des Polls auf Malgerie. (Heiterkeit im Zentrum.) Wenn es Sie interessiert, so will ich Ihnen verraten, daß die erste Anregung zu einer Unterbrechung von Malz- und Futtermittel von einem liberalen Abgeordneten an mich herangetragen worden ist. Weiter der Fall Spahn! Herr Dr. Martin Spahn ist für seinen Posten durchaus qualifiziert. Die Berufung eines katholischen Gelehrten auf den neu gebildeten Lehrstuhl für Geschichte in Straßburg und die katholische Fakultät in Straßburg hat ja einen breiten Raum in der Diskussion der letzten Jahre eingenommen. Ich habe schon einmal hier im Hause nachgewiesen, daß diese beiden Maßnahmen ergriffen wurden im Interesse des Reichsgedankens, und daß sie sowohl nach Ansicht des früheren Statthalters als auch des jetzigen Statthalters sehr nützlich gewirkt haben. Die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes hat eigentlich zu meiner Überraschung in den Ausführungen des nationalliberalen Abgeordneten Hadenberg verhältnismäßig keinen sehr breiten Raum eingenommen. Ich muß hierauf etwas näher eingehen. Man hat mir zweierlei vorgeworfen: einmal, daß ich mich für die Aufhebung des § 2 erklärt und eingesetzt habe, und man hat mir zweitens die Taktik vorgeworfen, die ich in dieser Beziehung eingeschlagen hätte. Man hat getadelte, daß ich durch meine Anknüpfung im Reichstage über die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes die ganze Frage angereizt hätte, ohne sicher zu sein, daß die Bundesregierung meinem Antrage zustimmen würden. Ich will bei dieser Gelegenheit auch der falschen Behauptung entgegenstellen, als ob die Bundesregierung irgendwo darüber entgegengetreten wären, daß ich sie von dieser meiner Anknüpfung nicht vorher in Kenntnis gesetzt habe. Das habe ich denn am 3. Februar vorigen Jahres gesagt? Ich hatte gesagt, daß die Zulassung von Niederlassungen des Ordens der Gesellschaft Jesu die Zustimmung der Verbündeten Regierungen nicht finden dürfte. Die Stellung der Verbündeten Regierungen hat sich nicht verändert. Die Verbündeten Regierungen sind auch jetzt noch ohne Ausnahme der Ansicht, daß die Zulassung von Niederlassungen des Ordens der Gesellschaft Jesu nicht angängig und nicht möglich sei. An keiner maßgebenden Stelle besteht die Absicht, den § 1 des Jesuitengesetzes zu ändern. Ich habe am 3. Februar weiter gesagt, daß nach meiner Ansicht die konfessionellen Verhältnisse innerhalb des Reiches die Aufrechterhaltung des § 2 nicht mehr notwendig erscheinen lassen. In diesem Sinne würde ich, soweit ich Einfluß auf die Fortdauer der preussischen Stimmen hätte, Stellung zu dem vorliegenden Initiativantrag des Reichstages nehmen. Ich habe nur von meinen persönlichen Ansichten und Absichten gesprochen, ich habe nicht das Versprechen abgegeben, daß der § 2 gleich aufgehoben werden würde. Ich konnte dieses Versprechen gar nicht abgeben, ich habe nicht einmal versprochen, daß die preussischen Stimmen in diesem Sinne abgegeben würden, sondern ich habe mich nur dafür verbürgt, daß ich meinen Einfluß auf die preussischen Stimmen verwenden würde im Sinne der Aufhebung. Die Zustimmung des preussischer Staatsministers uns zu gewinnen, ist mir sogleich gelungen; die Zustimmung der Mehrheit der Verbündeten Regierungen zu gewinnen, ist mir erst nach einem Jahr gelungen. Aber nicht nur waren meine Absichten selbstverständlich vollständig loyal, sondern auch mein Vorgehen war ein ganz korrektes. Wenn ich nur von meinen persönlichen Absichten gesprochen und wenn ich die Bundesregierungen vorher nicht von meiner Absicht in Kenntnis gesetzt habe, so geschah dies aus besonderer Rücksicht für die Bundesregierungen. In einer so heiklen Angelegenheit wollte ich die Verantwortung nicht auf andere Schultern schieben, sondern es den Verbündeten Regierungen überlassen, ob sie sich meiner Auffassung anschließen wollten oder nicht. Ich verrate auch kein Geheimnis, wenn ich sage, daß sich die Mehrheit der Bundesregierungen wohl schon früher ent-

schlossen haben würde, für Aufhebung des § 2 einzutreten, wenn nicht gerade in jenem Augenblicke das Vorgehen des Bischofs von Trier Erregung in die protestantischen Kreise getragen hätte, welche ihre Rückwirkung auf die protestantischen Regierungen nicht verfehlt haben. Die Mehrheit der Bundesregierungen war bis vor kurzem deshalb für eine Aufhebung des § 2 nicht zu haben. Mit dieser Stimmung mußte ich rechnen. Für meine Person bin ich aber von Anfang an der Ansicht gewesen, daß die Aufhebung des § 2 ein Gebot der politischen Zweckmäßigkeit wie der Billigkeit sei, und die Gründe, auf die sich diese meine Auffassungen stützen, sind ungefähr die gleichen, welche der Abg. v. Bennigsen im Jahre 1896 entwickelt hat. Ich brauche die damaligen Worte dieses Führers der nationalliberalen Partei nicht zu verlesen, sie werden Ihnen allen bekannt sein. Wenn behauptet ist, daß der Abg. v. Bennigsen diese Erklärung unter anderen Umständen abgegeben hätte, so erinnere ich daran, daß 1897 der Abg. v. Bennigsen im Namen der nationalliberalen Partei erklärte, daß die Mehrheit seiner Partei würde für eine Aufhebung des § 2 stimmen. In demselben Sinne nahm bei der Diskussion über das Jesuitengesetz der nat. lib. Abg. v. Bennigsen Stellung, und diese Haltung der nationalliberalen Partei hat sich auch nicht geändert, als ich am 3. Februar vorigen Jahres meine Erklärung abgab. Der Abg. v. Bennigsen erklärte damals, wie ich annehme, im Namen der nationalliberalen Partei, er würde sich freuen, wenn die Aufhebung des § 2 dazu beitragen würde, den religiösen Frieden zu fördern. Und noch im vergangenen Sommer, im Juni vorigen Jahres, während die Wahlbewegung die höchsten Wellen schlug, erklärte der Führer der nationalliberalen Partei, v. Wasserburg, in einer Wahlrede, die er damals in Karlsruhe hielt — diese Worte des Abg. Wasserburg möchte ich noch verlesen, mit Rücksicht auf die Angriffe, die hier gegen die förmliche Staatsregierung gerichtet worden sind —: er könne die Erklärung nicht abgeben, daß er fünfjährig gegen die Aufhebung des § 2 stimmen werde, die nationalliberale Partei habe ihren Mitgliedern freie Hand gelassen. Wollte man sich denn für die Zeit für liberale Ketzertrichter gefonnen, daß nur der § 2 des Jesuitengesetzes jetzt der Angelpunkt unserer Politik sei, daß nur der ein freisinniger Liberalismus in seiner Reinfassung dieses § 2 einträte, daß nur der den unversäulsten Liberalismus in seiner Reinfassung für die Aufhebung des § 2 gestimme. Nun bin ich allerdings in liberalen Kreisen der Behauptung begegnet, es hätten manche liberale Abgeordnete nur deshalb für die Aufhebung des § 2 gestimmt, weil sie sich der stillen Hoffnung hingeeben hätten, die Regierung würde auf diese Aufhebung nicht eingehen. (Heiterkeit.) Meine Herren, was soll ich da sagen? Ich verhehle allenfalls — es ist gewiß nicht mein Standpunkt — daß man auf dem Standpunkt steht, daß der parlamentarische Apparat schädlich oder überflüssig ist, aber wenn man, wie wir alle, auf verfassungsmäßigem, konstitutionellen Boden steht, dann, meine Herren, kann man doch nicht einen Antrag einbringen, nicht für einen Antrag stimmen in der Erwartung, mit der stillen Hoffnung, mit der reservatio mentalis (Heiterkeit im Zentrum) die Regierung wird nicht darauf eingehen. Das ist ja beinahe jesuitisch! (Große Heiterkeit.) Also der Standpunkt, den ich in der Frage der Aufhebung des § 2 eingenommen habe, entsprach durchaus dem Standpunkt, welchen die Mehrheit der nationalliberalen Partei seit sieben Jahren und bis in die letzte Zeit eingenommen hat. Er entsprach auch dem Standpunkt, welchen die konservative Partei eingenommen hat. Der erste Antrag auf Aufhebung ist von einem ausgesprochen liberalen Mann, von dem Abg. Nider, ausgegangen. Also in der Frage der Aufhebung des § 2 befinde ich mich im Einklang nicht nur mit allen Parteien, ich befinde mich auch im Einklang mit der großen Mehrheit des Reichstages. Ich befinde mich insbesondere im Einklang auch mit der Mehrheit der nationalliberalen Partei, und wenn man, wie Herr v. Heubrand soeben von Schwäche handelte gegenüber einer Partei, sondern höchstens um ein freundliches Entgegenkommen gegen den Beschluß, welchen mit überwältigender Mehrheit der Reichstag angenommen hat. Und wenn hier, was ich absolut bestreite, irgendwo gefündigt worden wäre, so würden wir allzumal Sinder sein. Niemand würde ein Recht haben, sich zu salbieren und zu sagen: Ich danke dir Gott, daß ich nicht bin wie der Herr Ministerpräsident. (Heiterkeit.) Ich möchte noch eins sagen. Es ist mir hier vorgeworfen worden, daß ich die Aufhebung nicht vorausgesehen hätte, welche die Aufhebung des § 2 hervorgerufen würde. Das ist ein Irrtum, diesen Irrtum habe ich sehr wohl vorausgesehen. Ich bin aber der Ansicht, daß einleitend der Minister seine Politik unmöglich einrichten kann auf Weisfall oder Mißfallen, Applaus oder Zischen, daß er auch die Unpopulartät nicht scheuen soll, sondern lediglich das tun muß, was entspricht den ruhig und pflichtgemäß erwogenen Interessen des Landes. Endlich möchte ich darauf hinweisen, daß sogar der engere Ausschuss für die Abwehrbewegung gegen Zulassung der Jesuiten am 1. März 1895 den Bundesratsmitgliedern Abdrücke einer Petition gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes hat zugeben lassen, in der es hieß: „Es liegt uns wenig daran, ob die Befugnis, einzelne Jesuiten als Privatpersonen auszuweisen oder zu internieren, fortbesteht. Alles dagegen kommt darauf an, daß die Ordensmäßigkeit der Jesuiten im Deutschen Reich nach wie vor unterjagt bleibt.“ Zu den Unterzeichnern dieser Petition gehören zahlreiche Personen, die jetzt noch eine Rolle spielen im Evangelischen Bunde. Also auch in dieser Frage ist von Schwäche und Nachgiebigkeit nicht die Rede. Ich frage aber, wo sind die Staatskassen, die ich habe weggetrieben lassen? Es ist gar nichts geschehen, weder auf gesetzgeberischem, noch auf personellem Gebiete, was den Vorwurf

der Schwäche, der Abhängigkeit der Regierung vom Ultramontanismus irgendwie berechtigt erscheinen lassen könnte. Mit derselben Entschiedenheit, mit der ich bestreite, daß ich jemals irgend welche Konzessionen gemacht hätte, daß ich irgend welche Maßnahmen getroffen hätte, durch welche das Staatsinteresse verletzt werden könnte, oder durch welche gerecht und billig denkende Protestanten sich verletzt fühlen könnten, mit derselben Entschiedenheit betone ich, daß unsere katholischen Mitbürger allen Grund haben, sich der Rechte und Freiheiten zu freuen, die sie bei uns genießen. Eine vollständige, grundsätzliche Einigung ist unmöglich. Es gibt Punkte, über die wir uns mit dem Zentrum nie ganz werden verständigen können. Sie haben Wünsche, die wir nie erfüllen können, sie erheben Beschwerden, die wir nie abstellen können. Das liegt im Wesen der Dinge. Das Grenzgebiet zwischen Staat und Kirche ist ein sehr heißes Gebiet. Wir müssen von beiden Seiten vermeiden, ohne Not an dem modus vivendi zu rühren, den 1887 die Weisheit des Fürsten Bismarck im Verein mit der Weisheit des Papstes Leo XIII. gefunden hat. Das erkläre ich aber mit aller Bestimmtheit, daß tatsächlich die Handhabung der Gesetze die katholische Bevölkerung befriedigen muß, und ich erkläre weiter mit aller Bestimmtheit, daß die Staatsregierung von dem Wunsch erfüllt ist, den Wünschen der katholischen Bevölkerung soweit Rechnung zu tragen, wie es in einem paritätischen Staate möglich ist, soweit, wie es in einem paritätischen Staate möglich ist, ohne von den Rechten des Staates irgend etwas zu vergeben, und berechtigte Empfindungen anderer Konfessionen zu verletzen. Wenn Sie die Lage der katholischen Kirche in Deutschland vergleichen mit manchen anderen Ländern — ich nenne absichtlich keine Namen —, aber auch in katholischen Ländern, so glaube ich, unsere katholischen Mitbürger haben allen Grund, mit dieser Lage zufrieden zu sein und sie dankbar zu empfinden als Segen der Toleranz und ihrerseits ebenjso überall Toleranz zu üben. Ich nehme keinen Augenblick Anstand, zu sagen, daß die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des konfessionellen Friedens die Respektierung der Hoheitsrechte des Staates ist. Diese wird die Staatsregierung nie, unter keinen Umständen preisgeben. Es wurde auch gesprochen von den Imponderabilien, die nicht außer acht gelassen werden dürfen. Wessen bin ich mir sehr wohl bewußt. Ich betrachte es als erste Pflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß die Gewissensfreiheit in keiner Weise bedroht wird, die geistige Freiheit, welche dem Deutschen Kultur ist als jedes andere Gut, die freie Forschung, auf der unser wissenschaftliches Leben beruht. Von verschiedenen Seiten ist heute geklagt worden über die Klüft zwischen den Konfessionen. Ich habe mehr als einmal von dieser Stelle darauf hingewiesen, daß unter den Konfessionen und dem Staat grundsätzliche Gegensätze bestehen, die wir nie werden beseitigen können. Aber wir müssen trachten, auf praktischem Gebiet zu einem friedlichen Nebeneinanderleben zu kommen. Ich halte es für eine der größten staatsmännischen Leistungen des Fürsten Bismarck, ich halte es für sein unvergängliches Verdienst, daß er es verstanden hat, den Kulturkampf beizulegen. Ich bin nicht der Ansicht, die einer der Hauptirrtümer im Streite, Herr Superintendent Meyer in Widaun, zum Ausdruck brachte, der sich mit mir seit einer Woche beschäftigt. Wenn ich in einer Rede von ihm gelesen habe, daß er die Beilegung des Kulturkampfes den „schönwächlichen Kulturfrieden“ nennt, und eines der traurigsten Ereignisse der deutschen Geschichte, trauriger fast als den Kanonengang Heinrichs IV., wenn ich solche Euforisationen höre oder lese, die gegen die Regierung gerade wegen der Aufhebung des § 2 gerichtet werden, so verziehe ich die Empfindungen, mit denen aus dem Weibe zufast, das Reissig zu seinem Scheiterhaufen trug. (Heiterkeit.) Die große Mehrheit des deutschen Volkes will nach meiner Ueberzeugung nichts wissen von einem neuen Kulturkampf, den die Fanatiker zu entfachen immer bereit sein werden. Aus Gründen der innern wie der äußern Politik, im Hinblick auf unsere nationale Geschlossenheit nach außen, wie gegenüber der sozialdemokratischen Gefahr nach innen, müßten wir unumtätigen Streit vermeiden und die konfessionellen Gegensätze nach Möglichkeit in den Hintergrund drängen.

Sammlung.

SRK. Berlin, 16. März.

Der „Reichsbote“ läßt sich zur Aufhebung von § 2 des Jesuitengesetzes mitteilen, Graf Bülow habe schon vor längerer Zeit das Zentrum wissen lassen, er verfüge im Bundesrat über eine Mehrheit für Aufhebung des § 2; das Zentrum möchte daher auf Einbringung des Jesuiten-antrages verzichten. Die Mehrheit sei aber damals noch keine sehr große gewesen, und deshalb habe das Zentrum dem Reichstanzler geraten, er möchte ruhig weiter arbeiten, bis er eine recht große Mehrheit hätte. Mit allen dieser Angaben hat sich der „Reichsbote“ mystifizieren lassen; kein Wort davon ist wahr. Solche Geschichten werden lediglich erfunden, um die dreizehn Monate vorher offen angekündigte Erfüllung eines Reichstagsbeschlusses, durch den eine längst anachronistisch gewordene Ausnahmefestimmung auch formell außer Kraft gesetzt wird, per nefas als das Ergebnis dunkler Vertraulichkeiten zwischen dem leitenden Staatsmann und einer einzelnen Partei hinzujellen.

Die Blätter, in denen die verfassungsmäßig korrekte Mitwirkung des Reichstanzlers zur Aufhebung des § 2 am leidenschaftlichsten angegriffen wird, sind gerade solche, die nicht müde werden, zur Sammlung der bürger-

lichen Parteien gegen die Sozialdemokratie aufzufordern. „Dass sich allerlei Symptome für einen festeren Zusammenchluss der bürgerlichen Parteien ergeben haben, ist richtig und ganz gut so. Und wenn sich aus diesem Wandel der Gefinnungen gelegentlich praktische Folgen ziehen ließen, so wäre dagegen wohl schwerlich etwas einzuwenden.“ So schreibt die „Tägliche Rundschau“. Und die „Hamburger Nachrichten“ möchten gern „eine energische Wahlkampagne der vereinigten bürgerlichen Elemente“ unter Führung der Regierung gegen die Sozialdemokratie. Wenn aber mit praktischer Sammlungspolitik Ernst gemacht werden, wenn die Keime zur Einigung der bürgerlichen Elemente nicht wieder zertreten werden sollen, so darf man doch nicht die Parole „Nieder mit dem Ultramontanismus!“ ausgeben, in der das Zentrum auf Grund seiner positiven Mitarbeit an nationalen Aufgaben eine kränkende Herausforderung erblickt. Entweder Kampf gegen das Zentrum, oder Kampf gegen die Sozialdemokratie. Aber Beides zugleich ist ein Unding, weil dieser Zweifrontenkrieg über die Kräfte der durch Zurückstoßung des Zentrums geschwächten bürgerlichen Parteien hinausginge, selbst wenn, was kaum vorzuzusetzen, mit der Gegnerschaft auch das Solidaritätsgesühl dieser Parteien sich verdoppeln sollte.

Gegenüber dem zugestandenem Bedürfnis einer gemeinsamen Abwehr des „Willens zur Macht“, mit dem die Sozialdemokratie so übermütig auftrumpft, müssen die konfessionellen Gegensätze innerhalb der bürgerlichen Parteien zurücktreten. Zwischen der Ankündigung des Reichstanzlers und dem Bundesratsbeschluss über die Aufhebung des § 2 haben Reichs- und Landtagswahlen stattgefunden. Die Erfahrungen aber, die dabei mit Verfechtung der parteipolitischen Ausbeutung der Glaubensleidenschaft gemacht worden sind, ermutigen nicht gerade zu einer Wiederholung. Der konfessionelle Streit verbittert und zersplittert die Nicht-Sozialisten und stärkt schon dadurch den Gegner. Mit der geforderten „energischen Wahlkampagne der vereinigten bürgerlichen Elemente“ ist es dann nichts. Verwirrung kann in diesen Kreisen zwar nicht, wie es heißt, durch das neueste Märchen des „Vorwärts“ über eine angeblich bevorstehende Reichstagsauflösung hervorgerufen werden, wohl aber dadurch, dass man sich weiterhin an Stelle der sozialistischen Gefahr eine andere suggeriert und die Angriffskraft gegen eine falsche Front verschwendet.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 16. März.

Generalleutnant Sirt v. Arnim erwidert auf die Ausstellungen Zubeils an dem Spandauer Institut und erklärt, die Wünsche auf Lohnverbesserung für die Arbeiter in den Militärintituten liegen der Lohnordnungskommission vor, deren in einigen Monaten beendeter Bericht für die Arbeiter günstig sein dürfte. Die neue Lohnordnung wird hoffentlich stabile Verhältnisse schaffen. Einzelne Unterbeamtengruppen zu Gehaltsaufbesserungen herauszugreifen, ist nicht angängig. Die Buchsenmacher und Waffenmeister dürften eine Gehaltserhöhung erwarten können. Durch Neubauten in Spandau werden die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter verbessert. Zugabe ist, dass in manchen Fällen in den Staatsfabriken Feuerer gearbeitet wird. Das liegt zum Teil an der Entwicklung der Fabriken. Von einem Defizit von 3 Millionen in den Geschäftswertstätten ist mir nichts bekannt, ebensowenig von einer Herabsetzung der Affordlöhne. Wenn der Reichstag Abschlüsse macht, müssen die Arbeiten eingeschränkt und Arbeiter entlassen werden. Die Direktoren gehen bei Entlassungen mit größter Rücksicht vor. Aber in erster Linie steht der Dienst, dann erst kommt die Person. Sozialdemokratische Agitation wird in den Werkstätten nicht gebildet. Mir ist aber auch nichts davon bekannt, dass seitens der Behörde Agitation getrieben wird. Die Militärbehörde wird nach wie vor für Ordnung in den Werkstätten sorgen, dabei aber möglichst die Interessen der Arbeiter wahrnehmen.

Abg. Feder-Köln (Zentr.) bringt Wünsche der Arbeiter seines Wahlkreises vor.

Abg. Pauli-Rostock (konf.) polemisiert gegen Zubeil und die Sozialdemokraten überhaupt. Er wirft letzteren vor, dass sie Agitation trieben, um sich von den Arbeitergroßen zu nähern. (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten. Aufse: Freiheit, Unverschämtheit! Vizepräsident Graf Stolberg unterbricht den Redner und erklärt, ich nehme an, dass mit den Sozialdemokraten, die sich von Arbeitergroßen näherten, nicht Mitglieder des Hauses gemeint sind. Sonst müsste ich den Ausdruck für unzulässig erklären.) Abg. Pauli (fortfahrend): Die Sozialdemokraten zeigen Mangel an Mut, da sie in Wahlversammlungen anderer Parteien nur zu Sonderzügen aufzutreten wagten.

Abg. Singer (Soz.) sagt, hätte Pauli seine Behauptung über die Arbeitergroßen außerhalb des Hauses vorgebracht, würde er ihn einen erbärmlichen Verleumder nennen. (Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Redner zur Ordnung, da der Ausdruck auch in dieser Form nicht auf einen Abgeordneten angewendet werden dürfe.)

Im Verlaufe der weiteren Auseinandersetzung zwischen Zubeil und Pauli über Wahlverhältnisse sagt Abg. Pauli, der Abg. Herbert-Stettin habe von jedem Arbeiter pro Woche 5 Pf., zusammen 200 M. wöchentlich bekommen.

Abg. Herbert (Soz.) bemerkt, wer zuerst die Behauptung von den 200 M. aufgestellt habe, sei ein Idiot ersten Ranges. Mit einem Manne, der solche Behauptungen weiter kolportiere, könne er nicht ernsthaft diskutieren.

Hiermit schließt die Diskussion über den vorliegenden Titel („Technische Institute“), der sodann nach den Kommissionsbeschlüssen genehmigt wird.

Der Rest des Ordinariums wird ohne Debatte nach den Beschlüssen der Kommission bemilligt.

Es folgen die „einmaligen Ausgaben“.

Bei dem Titel „Anschluss von Militärgebäuden in Reich an die Wasserleitungen und die Kanalisationen“ kommt Abg. Gröber (Zentr.) auf die Angelegenheit der Wehrfalschunterstützung zurück. Der Kaiser sei in der Angelegenheit habe ihre Schuldigkeit getan. Die Stadtverwaltung von Regensburg hat die Angelegenheit erledigt.

Generalmajor v. Gallwitz bemerkt, die Stadt Regensburg sei in den letzten 10 Jahren mit der Mühseligkeit vorgegangen,

die sich für eine so große Garnison geizig hätte. Die Militärverwaltung sei sich seiner Schuld bewusst.

Geh. Rat Halley betont, dass die elsass-lothringische Landesverwaltung keine Schuld treffe.

Abg. Gröber sagt, er habe niemandem die Schuld beimessen wollen.

Der Rest der einmaligen Ausgaben wird genehmigt. Bei den Einnahmen fragt Fürst zu Dohna-Schlobitten an, wie es mit der Entfestigung der Stadt Königsberg stehe. Man sollte dort, wie in Rostock und Mainz, der Stadtverwaltung den Verkauf des entbehrlichen Festungsgeländes überlassen. (Beifall.)

General v. Arnim erklärt, er könne vor dem Beschluss der Beratungen über die Angelegenheit keinen Aufschluss geben. Die Wünsche des Redners würden aber wohlwollend geprüft werden.

Der Rest des Militäretats wird hierauf debattelos erledigt.

Es folgen die Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Grafen v. Allessandro wird einstimmig für gültig erklärt.

Ueber die Wahlen Brejtski-Marienwerder-Thorn (Pole), Münch-Ferber, Hof-Münchburg (natl.) und Dietrich-Potsdam-Muppiner (Deutsch-konf.) wird Beweisführung beschlossen.

Eine längere Debatte entpinnst sich über die Wahl des Abg. Buchwald-Altenburg (Soz.), die die Kommission für ungültig zu erklären beantragt.

Nachdem ein Antrag Wiemer (fr. Opt.) auf Zurückweisung der Wahl Buchwalds an die Wahlprüfungskommission abgelehnt ist, wird der Kommissionsantrag auf Ungültigkeit der Wahl in namentlicher Abstimmung mit 126 gegen 81 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Morgen „Marineetat“. — Schluss gegen 8 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 17. März.

Die Sitzung beginnt mit der Verhandlung über den Nachtragsetat für 1903 und den Ergänzungsetat für 1904.

Abg. Spahn beantragt Ueberweisung an die Budgetkommission.

Abg. Stöckmann empfiehlt, die beiden Ergänzungsetats und den Hauptetat für Südwestafrika in einer Kommission in einem einheitlichen Etat zu beraten.

Abg. Rebel: Er schätze die Gesamtkosten des Hereros-Aufstandes für das Reich auf 50 000 000 M. Dies zeige, dass der Nutzen der Kolonialpolitik nicht mit Unrecht in gar keinem Verhältnis zu den aufgewendeten Kosten stehe. Die Ursachen des Aufstandes seien ausschließlich auf deutscher Seite zu suchen. Das sei ein Verzeihungskampf der Hereros, die um ihr Grundeigentum, ihre Existenz, beraubt würden. Bei jedem anderen Volke würde man einen solchen Kampf als bewunderungswürdiger Heroismus bezeichnen. Das heutige Verbrechen, blutiger Treiben der europäischen Händler sei der Hauptgrund des Aufstandes. Den in die Hände der Hereros gefallenen weißen Frauen sei kein Haar gekrümmt worden. Das sei sehr zweifelhaft, ob die Weissen ebenso mit den Hereros verfahren wären. Die Sozialdemokratie habe daher gegenüber den Etats nur ein klares Nein.

Abg. Käpff charakterisiert das Verhalten der Sozialdemokraten. Die Deutschen seien doch keine Räuber. Sie erfüllen in den Kolonien Kulturaufgaben.

* Berlin, 16. März. Die Budgetkommission des Reichstages berät den Etat für Ostafrika weiter und bewilligt 70 000 Mark für die Grenzfeststellungskommission gegen Uganda und Britisch-Ostafrika. Die Kommission beschloß, dem Plenum zu empfehlen, die von der Reichspostverwaltung abgerundete Vorlage, nach welcher 300 000 Mark nicht für die Telegraphenlinie Tabora-Najiji, sondern für die Strecke Tabora-Nuama verwendet werden sollen, anzunehmen.

Die Kommission berät sodann den Etat für Togo und genehmigt die dritte Rate mit 450 000 Mark für den Bau einer Landungsbrücke in Lome und für den Bahnbau Lome-Kleinporo.

Sodann soll der Etat für Südwestafrika beraten werden.

Die Kommission beschließt jedoch, mit Rücksicht auf die dortigen Ereignisse die Beratung auszuschieben, und beim Plenum zu beantragen, ihr den ganzen Etat für Südwestafrika nebst den Nachträgen zu überweisen.

Die Kommission nimmt darauf das Kapitel Kolonialverwaltung aus dem Etat des auswärtigen Amtes an und geht zur Generaldebatte über den Gesetzentwurf, betr. Änderungen im Finanzwesen des Reiches, über. Abg. Müller-Fulda begründet den von ihm eingebrachten Antrag, welcher weiteres Material betreffend die voraussichtliche Entwicklung der nächsten zehn Jahre fordert. Schatzsekretär Frhr. v. Stengel sagt letzteres zu, soweit es ohne Prophetengabe möglich sei.

Abg. Dr. Paasche bekämpft den Antrag. Eine Beantwortung der gestellten Fragen sei unmöglich.

Abg. Rebel glaubt dies ebenfalls.

Abg. Richter hält die Fragen für berechtigt, obschon ihre Beantwortung nur für einen kürzeren Zeitraum möglich sei. Der Augenblick sei wegen der unruhigen Lage für eine Finanzreform ungeeignet.

Schatzsekretär Frhr. v. Stengel erwidert, gerade die Zeit einer ungünstigen Finanzlage sei günstig für die Durchführung der Finanzreform. In guten Zeiten denkt niemand an eine Reform. Die Wirkungen der Verfrachtenheit haben sich heute in das Gegenteil verkehrt. Darum werden Richter und Rebel konsequenterweise jetzt deren Gegner. Auch das Zentrum sollte dies tun. Das neue Steuern kommen, wird wohl behauptet, niemand aber weiß es. Die Franzosensteuereinkünfte umfaßt heute 400 bis 500 Millionen, diese Summe wird auf 600 bis 600 Millionen steigen. Die Vorlage soll den Etat übersichtlicher gestalten, und den Bundesstaaten einigen Schutz gewähren dadurch, dass das Reich sich nach einer bestimmten Decke streckt. Die Vorlage ist maßvoll, und entspricht dem gefunden Menschenverstande. Die Gegner unterschätzen der Vorlage fälschlich Tendenzen, welche der Regierung durchaus fremd sind. Zur Zeit der Schaffung der Franzosensteuereinkünfte dachte man nicht an ungedeckte Militärbeiträge. Die Einzelstaaten können angesichts ihrer großen inneren Aufgaben nicht auf die direkten Steuern zugunsten des Reiches verzichten. Im Interesse des Reiches liegt es, starke Glieder in den Bundesstaaten zu haben. Die Weiterberatung wird darauf morgen vertagt.

Der russisch-japanische Krieg.

(Telegramme.)

Vom Kriegsschauplatz.

* London, 17. März. Reuter meldet aus Tschiifu: Bei der Einfahrt in den Hafen von Port Arthur stieß gestern der russische Torpedojäger „Sforz“ auf eine Mine, die von ihrem Platze abgetrieben war und flog in die Luft. Nur vier Leute wurden gerettet.

* Niutschwang, 16. März. Von authentischer Seite wird berichtet, dass eine beträchtliche russische Streitmacht sich in der wertvollen strategischen Stellung in der befestigten Stadt Aschangau, bis wohin die Japaner im chinesisch-japanischen Kriege vorrückten, festsetzte. Eingeborene, welche Joenghwangschon bis zum 12. März verlassen, bestätigten die Meldung, dass die Hauptmacht der Russen, welche am Yalu zusammengezogen war, ihn jetzt überschritten habe und kleine Truppenkörper in Antung, Tschiulien-tscheng und in anderen Orten zur Bewachung des Flusses zurückließ. Vor 14 Tagen waren japanische Aufklärungstruppen in Antung; seitdem wurden westlich vom Yalu keine Japaner gesehen.

* Niutschwang, 17. März. Eine bei Nohds aus Niutschwang eingegangene Depesche vom heutigen Tage meldet: Der Hafen wird zwischen dem 25. und 30. März eisfrei sein. Es sind bereits Dampfer gechartert für die Frühjahrsladung. Die Berichte, dass Niutschwang nächstens angegriffen werde, sind falsch, ebenso das Gerücht, dass die Russen vor den Forts Minen legen wollen. Das Geschäft geht wie gewöhnlich. Die Zivilbehörden sind bemüht, alle was in ihrer Macht steht, zu tun, um die Handelsinteressen der Chinesen, wie der Fremden, zu fördern. Es sind auch keine Anzeichen vorhanden, dass irgend eine Störung zu befürchten sei.

* Seoul, 16. März. Der koreanische Handelsvorstand in Kjongjüng am Tumenflusse erhielt eine Mitteilung von dem russischen General in Wladivostok, in welcher dieser ihn benachrichtigt, dass da Korea sich Japan angeschlossen habe, Russland ersteres als kriegführend ansehe. Demgemäß werden 2000 Mann koreanischer Truppen, die jetzt in Seoul sind, nächste Woche nach dem Norden von Korea geschickt werden. Die Japaner stellten endgültig fest, dass eine größere Truppenmacht russischer Feldartillerie am Nordufer des Jaluflusses Erdwerke aufwerfe.

* Tokio, 17. März. Das Marineamt hat die Mitteilung erhalten, dass sieben russische Schiffe gesichtet worden seien, welche Port Lazarew nördlich von Genjan passierten.

* St. Petersburg, 16. März. Durch kaiserlichen Ukas wurde Kontradmiral Molas, zweiter Chef des Stabes des Befehlshabers der Flotte des Stillen Ozeans, abberufen, ebenso wurde Vizeadmiral Starck vom Oberbefehl über das Geschwader des Stillen Ozeans aus Gesundheitsrücksichten entbunden.

* Port Arthur, 17. März. Admiral Witthöft wurde zum Chef der Marineanleihe beim Statthalter ernannt und ist nach Nudon abgereist. — Die Studierenden des Wladivostoker orientalischen Seminars sind zum Hauptstabe der Mandchurienarmee abkommandiert worden.

* St. Petersburg, 16. März. Ein russisches Armeekorps ist aus Europa in Charbin angekommen. Das 15. Korps wird bald von Moskau und das 10. von Charbin nach dem Kriegsschauplatz abgehen. Man rechnet darauf, dass bei der Ankunft des Generals Kuropatkin in Ostasien bereits 200 000 Mann daselbst konzentriert sein werden und dass dann mit den Offensivoperationen sofort begonnen werden kann. Der Ankunft des Generals in Mukden wird gegen den 23. März entgegengeesehen.

* St. Petersburg, 17. März. Eine größere Verstärkung der Garnisonen von Reval und Libau steht unmittelbar bevor. In Riga sind Armierungsbauten im Gange.

* Tokio, 17. März. Die Regierung beschloß, dem Parlament in einer besonderen Tagung, die am 18. März beginnen soll, Vorschläge zu unterbreiten, betreffs Ausdehnung des Tabakmonopols auf bearbeiteten Tabak, Einführung einer Salzsteuer und Erhöhung verschiedener anderer Steuern. Das Gesamtvermögen dieser neuen Einnahmequellen wird auf 68 Millionen Yen geschätzt. Die Kriegskosten vom Ausbruch der Feindseligkeiten bis Dezember 1904 werden auf 536 Millionen Yen geschätzt. Es wird beabsichtigt, die Kosten durch die Erträge von neuen Steuern, ferner durch Bondsausgabe, durch eine schwebende Anleihe und Entnahmen aus dem Spezialreservefonds zu decken.

* London, 16. März. Im Unterhaus erklärte Unterstaatssekretär Percy in Erwiderung auf eine Anfrage, es sei beabsichtigt, die britische Korvette „Eagle“ von Niutschwang abzurufen, sobald der Fluß wieder offen sei. Das Schiff würde, falls es dort zu einem Kampfe zwischen Russen und Japanern kommen sollte, in große Gefahr geraten, andererseits aber keinen wirksamen Schutz für Leben und Eigentum übernehmen können. Der britische und der amerikanische Konsul hätten alle Frauen und Kinder zum Verlassen des Schauplatzes aufgefordert.

* Aden, 17. März. Der Dampfer „Jeseric“, von New-York nach Yokohama unterwegs, ist hier mit Kontrabanden eingetroffen, nachdem er den russischen Kriegsschiffen im Mittelmeer entgangen ist.

* Suex, 17. März. Das russische Transportschiff „Boronejch“ ist in den Kanal eingelaufen.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 17. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute mittags 12 Uhr den Major von Woyna zu längerem Vortrag. Zur Frühstundstafel der höchsten Herrschaften er-

schienen Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz und Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Mar.
Im Laufe des Nachmittags unternahm die Großherzoglichen Herrschaften eine längere Spazierfahrt.
Danach hörte Seine königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsrats Dr. Seyb.

Erweiterung des Sprechbereichs. Vom 18. März ab ist das hiesige Ortsfernredner in der Zeit von 7/8 bis 9 Uhr vormittags, 12 bis 3 Nachmittags und 7 bis 9 nachts zum Sprechverkehr mit Trier (Gesprächsgebühr 1 M.) zugelassen. In den Ortsbereich von Trier sind einbezogen: Nach (N. Trier), Euren, Neuhaus b. Trier und Pfalz.

(Großherzogliches Hoftheater.) In Brülls melodischer Soldatenoper „Das goldene Kreuz“ gastierte am Dienstag Herr Hans Erwin vom Stadttheater in Riga als „Bombardier“, mit Engagementabsichten für das durch den Weggang des Herrn Erdmann neu zu besetzende Basspartie. Der Gast verfügt über recht sympathische stimmliche Mittel, hatte aber offenbar mit einer Indisposition zu kämpfen; ob nun das Material genügend tragfähig und ausreichend sein wird für die ausjünglichen Verhältnisse unseres Theaters, mühte sich erst in einem weiteren Auftreten zeigen, deshalb müssen wir uns eines abschließenden Urteils bis zum zweiten Gastspiel des Sängers als „van Bett“ in der Vorlesung der Oper „Zar und Zimmermann“ enthalten. Fräulein Robinson sang zum erstenmal die „Schöne“ mit ausgezeichnetem Erfolg. Auch die bekannten Vertreter der Partien „Gontar“ (Herr Buffard), „Golas“ (Herr van Gorkom) und „Therese“ (Fräulein Etkofer) taten sich rühmlich hervor.

(Deutsche Kolonialgesellschaft, Abteilung Karlsruhe.) Die Abteilung Karlsruhe der Deutschen Kolonialgesellschaft veranstaltet am Montag, den 21. März, abends 8 Uhr, im großen Museumsaal ihren zweiten diesjährigen Vortragabend, auf welchem Herr Geheimrat Regierungsrat Professor Dr. W. H. W. H. über: „Die Pflanzungen in unseren Kolonien, ihre wirtschaftliche Bedeutung und ihre Erfolge“ sprechen wird. Professor Wohlmann, der Leiter der landwirtschaftlichen Akademie zu Bonn-Boppelsdorf, gilt zurzeit als unsere größte Autorität auf dem Gebiete der tropischen Landwirtschaft; er hat durch seine Reisen nach Kamerun, Togo, Deutsch-Ostafrika und Samoa und durch seine Untersuchungen und Studien über die dortigen Pflanzungsbedingungen und die in unseren Kolonien angelegten Plantagen wertvolle Erkenntnisse gewonnen. Die Ausführungen des Redners durch zahlreiche Lichtbilder, die uns die in den Kolonien gebauten Anlagen in allen Stadien vor Augen führen.

(Verein Frauenbildung-Frauenstudium.) Das Thema für den morgen, Freitag, 6 Uhr abends, im Bibliotheksaal des Badischen Frauenvereins (Schloßplatz Nr. 24a) stattfindenden Vortrag von Natalie v. Wilde-Weimar lautet: „Maria Paulowna, Großherzogin von Sachsen, Großfürstin von Rußland, Begründerin und Leiterin des Wohltätigkeitswesens in Sachsen-Weimar“.

(Der „Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs“) hielt am Dienstag Abend seine zweite Ausschussung unter dem Vorsitz des Herrn Stadtrats Osterlag ab, in welcher über die Tätigkeit der einzelnen Kommissionen Bericht erstattet und deren Beschlüsse sanktioniert wurden. Die Besondere-Kommission hatte sich in mehreren Sitzungen mit der Wahl des Stellvertreters der Residenzstadt, das der Firma Künzlerbund zur Ausführung übergeben wurde, befaßt. Dasselbe bringt in künstlerischer Durchführung die Ansicht des Schloßplatzes, Partien aus dem Stadtgarten mit Lautenberg und dem Rheinhafen. Die künstlerische Schlußredaktion des Blattes, das in 2000 Exemplaren hergestellt wird, haben in liebenswürdiger Weise die Herren Professor Hofmann und Direktor Hoffader übernommen. Die Zahl der Mitglieder beträgt jetzt über 400 und steht zu erwarten, daß weitere Anmeldungen erfolgen, denn der Verein bedarf, um das gesteckte Ziel zu erreichen, ziemlich reichlich Mittel für Neukundenblätter, Anzeigen usw. Die Auskunftsstelle des Vereins im unteren Zimmer Nr. 2 des Rathauses hat eine reiche Verkehrsausstattung gefunden durch Anlegen von Adressbüchern, eines Wohnungsanzeigers, der neuesten Kursbücher usw. Weiter ist der Verein mit 148 Verkehrsvereinen in Verbindung getreten und hat mit demselben die Städteführung ausgetauscht. Ein illustriertes Flugblatt mit den Hauptverkehrsrichtungen ist in der Ausarbeitung begriffen und wird in den durchgehenden Eisenbahnzügen verteilt werden. In den elektrischen Straßenbahnwagen werden Plakate angebracht werden, die die Fremden auf die Auskunftsstelle hinweisen. Die Groß-Generaldirektion hat in dankenswerter Weise gestattet, die sich und weißlich des Perons unseres Hauptbahnhofs Hinweistafeln anzubringen. In der Nähe des Bahnhofs wird ferner ein großer Wegweiser angebracht, der die Fremden, welche Auskunft wünschen, nach dem Verkehrsamt weist. Notwendig ist auch eine gewisse Klassifizierung der Hotels mit Preisverzeichnis vorzunehmen, und hat sich der Verein mit dem Preisverband und den Hoteliers der Verein mit dem Preisverband geeinigt. Der Verein wird sich endlich mit einer Reihe Preisorganen Baden und der Nachbarländer ins Benehmen setzen und in denselben von Zeit zu Zeit kurze Artikel veröffentlichen, in denen auf unsere Residenz und deren Sehenswürdigkeiten, wie auf die verschiedenen Veranstaltungen auf künstlerischen und sonstigen Gebieten der Unterhaltung und Belehrung hingewiesen werden soll.

(Aus dem Polizeibericht.) Gestern morgen zwischen 8 und 9 Uhr wollten zwei städtische Arbeiter Reinigungsarbeiten im Sandgraben zwischen Hirsch- und Westendstraße vornehmen, wobei sie ein brennendes Licht bei sich hatten. Bei der Entzündung des Kanals der Leopoldstraße geriet plötzlich Benzol, das auf bis jetzt nicht aufgeklärte Weise in den Sandgraben gekommen war, in Brand. Die Flammen schlugen bis zum Gewölbe des Sandgrabens empor. Die beiden Arbeiter konnten sich noch vor dem Feuer flüchten und haben außer verätzten Kopfhäuten keine Verletzungen erlitten. Von einem Blitzsturz befallen wurde gestern nachmittags 7/3 Uhr die Frau eines Güterarbeiters in dem Hause Brunnenstraße Nr. 2 und war auf der Stelle tot. Die Leiche wurde mittels Wagens in die Leichenhalle verbracht. Gestern nachmittags zwischen halb 5 und 5 Uhr entstand im Hause Adolphstraße Nr. 21 dadurch ein Kellerbrand, daß ein neunjähriger Knabe, welcher mit einer brennenden Petroleumlampe in den Keller gegangen war, diese so unvorsichtig auf eine mit Stroh u. dergl. gefüllte Holzkiste stellte, daß nach geraumer Zeit ein Feuer ausbrach, das weiter um sich griff. Der rasch alarmierten Feuerwehre, sowie Mannschaften der 1. Kompanie der freiwilligen Feuerwehre gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der Gebäudes- und Fahrnissschaden dürfte sich auf mehrere hundert Mark belaufen.

Baden, 17. März. Der in weiten Kreisen bekannte Besitzer des „Hotel Schirmhof“, Stadtrat Hermann Zabler, ist heute hier selbst nach längerem Leiden gestorben.

Kleine Nachrichten aus Baden. In Friedrichsfeld konnte Herr Köpfermeister Adam Schnabel sein 25jähriges Dienst-

jubiläum bei der Deutschen Steinzeugwarenfabrik Friedrichsfeld begehen. — Pfarrer a. D. Theodor Ringado in Freiburg ist gestorben. — Im Bahnhof Klenau (bei Billingen) wurde der 27 Jahre alte, ledige Johann Schaaf von Leberausen beim Rangholzerladen von einem ins Rollen geratenen Stamm erdrückt. Schaaf ward auf der Stelle tot.

Die Mittelmeerreise des Kaisers.

(Telegramme.)

*** Vigo, 16. März.** Die Begegnung Ihrer Majestäten des Kaisers und des Königs trug einen herzlichen Charakter. Sowohl während der Rundfahrt in der Bucht, als während des Frühstücks auf dem „Giralda“ unterhielten sie sich auf das Lebhafteste. Beim Abschied nach dem Frühstück umarmten und küßten die Monarchen sich wiederholt. — Nachmittags 5 Uhr 10 Min. setzte sich der Dampfer „König Albert“ mit dem Kaiser an Bord in Bewegung. Der spanische Kreuzer „Belano“ löste 21 Schuß, die Nacht „Giralda“ folgte dem Dampfer „König Albert“ langsam. Hinter dem „Giralda“ fuhr „Friedrich Karl“. Das Kaisererschiff dampfte zwischen zwei Reihen von Dampfern, auf denen die Insassen dem Kaiser Ovationen bereiteten.

*** Kiel, 17. März.** Seine Majestät der König von Spanien wurde von Seiner Majestät dem Kaiser à la suite der deutschen Marine gestellt.

Ein englisch-französisches Abkommen.

(Telegramme.)

*** Paris, 17. März.** Mit Bezug auf die verschiedenen Mitteilungen, die über einen neuen englisch-französischen Vertrag veröffentlicht werden, wird aus gut unterrichteten Kreisen berichtet, daß die Verhandlungen, die seit so langer Zeit zwischen der französischen und englischen Regierung geschwebt haben, nunmehr tatsächlich abgeschlossen sind. Es wurde eine gute Verständigung erzielt in allen kolonial- und anderen Fragen, die seit langer Zeit brennend waren und zwischen beiden Nationen schwebten. Der Regelung unterliegen nur noch die Einzelfragen. Auch soll noch über die Formulierung der einzelnen Fragen Beschluß gefaßt werden, so daß die Unterzeichnung des oder der Abkommen, je nachdem, in einigen Tagen möglich ist. Im Prinzip sind alle Fragen geregelt.

*** Paris, 17. März.** Offizielle Meldungen besagen, daß die Unterzeichnung des englisch-französischen Vertrages über die Regelung mehrerer kolonialer demnach zu erwarten ist. Die seit etwa zehn Monaten geführten Verhandlungen zwischen den beiden Staaten, die infolge der ostasiatischen Ereignisse unterbrochen worden waren, konnten vor kurzem wieder aufgenommen werden, da die internationale Lage, insbesondere seit der St. Petersburger Messe des Grafen Bendorff, befriedigender geworden sei. Diese Verhandlungen bezogen sich zunächst auf die maroffanische Angelegenheit und die Neufundlandfrage. Von anderer Seite wird berichtet, daß im französisch-englischen Übereinkommen über Marokko selbstverständlich nur im Einvernehmen mit Spanien erfolgen kann. Auch die siamesische Frage wird geregelt werden durch bestimmte Bestimmungen des Vertrages von 1896. In Ägypten sollen die Interessen der französischen Gläubiger vollständig gewahrt werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

*** Wien, 17. März.** Bei der gestrigen Reichstagswahl im 7. Posener Wahlkreis Schrimmschroda wurde der Pole Chlagowski mit großer Majorität gewählt.

*** Wien, 17. März.** Gestern Abend fand eine Protestversammlung der Wiener Tschechen statt, an der über 1000 Personen teilnahmen. Die Redner verurteilten die in Wien und Linz gegen die Tschechen gerichteten Demonstrationen. Nach Schluß der Versammlung traf ein Trupp über den Stefansplatz heimkehrender Tschechen den alldeutschen Abgeordneten Stein, den sie mit Pfeifen verhöhnten. Es fand ein Zusammenstoß zwischen den Abgeordneten Stein, Moser und Fressl statt. Die Polizei trennte die Streitenden.

*** Budapest, 17. März.** Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Abgeordnetenhauses nahm den Gesetzentwurf betreffend die Eröffnung von Verhandlungen zur Regelung des Handelsvertragsverhältnisses mit Deutschland und Italien an.

*** Paris, 16. März.** Im Verlauf der Verhandlungen der Budgetkommission weist Pelletan die von Mitgliedern der Kommission vorgebrachten Beschwerden über Mangel an erfahrenen Leuten zurück, auf den man die Vorkommnisse auf dem Kreuzer „Sully“ zurückführe und verspricht, den Beweis zu erbringen, daß der Stand der französischen Geschwader niemals zufriedenstellend gewesen sei. Man habe niemals Untergebene zur Insubordination aufreizen, sondern ihnen nur das Recht geben wollen, ihre Beschwerden vorzubringen. Der Minister lehnt ferner ab, der Meinung eines Geschwaders über seine politischen Handlungen Rechnung zu tragen. Dies würde ein beklagenswerter Vorgang sein.

*** Paris, 17. März.** Von oppositioneller Seite wird behauptet, es sei nach den gestrigen Erweiterungen in der Kommission sehr wahrscheinlich, daß die Mehrheit der Kommission für eine Unterjüngung der gegenwärtigen Lage der französischen Marine stimmen werde.

*** Haag, 17. März.** Der deutsche Gesandte v. Schöber und Gemahlin gaben gestern ein Mahl von 50 Gedecken, an dem Prinz Heinrich der Niederlande, Prinz Eitel Friedrich von Preußen, der gegenwärtig unter dem Namen eines Grafen von Geldern die Niederlande bereist, und sein Gefolge, sowie die Herzogin Marie Antoinette von Mecklenburg und andere teilnahmen.

*** London 16. März.** Das Unterhaus nahm einen Beschlußantrag zugunsten der Ausdehnung des Stimmrechts auf Frauen mit 182 gegen 68 Stimmen an.

*** London, 17. März.** Im Unterhaus erklärte Percy, der britische Botschafter in Konstantinopel habe die Fortsetzung dringend um Annahme der von Degiorgis gestellten Forderungen betreffend die Reorganisation der Gendarmerie ersucht und dabei bemerkt, daß diese das Minimum der Forderungen darstellten, dem Großbritannien zustimmen könnte.

*** London, 17. März.** Der Herzog von Cambridge ist heute vormittag 10 Uhr 35 Min. gestorben.

*** London, 17. März.** Campbell-Bannerman teilte mit, er werde ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung im Unterhaus stellen. Es werde darin erklärt, daß das Haus das Verhalten der Regierung insofern mißbillige, als sie der Krone nicht riet, der Verordnungen über die Einführung chinesischer Arbeiter in Transvaal die Zustimmung zu verweigern.

*** Kopenhagen, 17. März.** Seine Majestät der König von England trifft am 29. März zum Besuche Seiner Majestät des Königs Christian hier ein.

*** Shanghai, 17. März.** Der erste Zug für den öffentlichen Verkehr auf der Schantungbahn ist in der vergangenen Nacht in Tsinanfu angekommen. Der Zug, in dem sich über 20 Deutsche befanden, war mit deutschen und chinesischen Flaggen geschmückt und hat die 252 englische Meilen betragende Strecke Tjingtau—Tsinanfu in 14 Stunden zurückgelegt.

Fersehenes.

*** Leipzig, 17. März.** (Telegr.) Das Reichsgericht verwarf die Revision des Redakteurs Biermann-Odenburg, der am 21. November v. J. vom dortigen Landgericht wegen Verleumdung des Ministers Mühlratz zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

*** Stockholm, 17. März.** Der Reichstag nahm die Vorlage über den Anschluß Schwedens an die Verner Konvention zum Schutze des literarischen und künstlerischen Eigentums an.

*** Wien, 17. März.** Gestern Abend fand in der Alexanderkappelle auf dem Georgsplatze eine Explosion statt, wie man annimmt, durch eine Petarde. Die Beschädigungen sind unbedeutend. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

Literatur.

*** Der Krieg zwischen Rußland und Japan.** Auf Grund zuverlässiger Quellen bearbeitet von Walter Erdmann von Kalinowski, Königl. Preuß. Hauptmann a. D. Mit Skizzen und Karten. Das im Militärverlag der Liebel'schen Buchhandlung, Berlin W. 57, erscheinende Werk will übersichtlich, aber doch nicht zu weitläufig, auf Grund nur zuverlässigsten Materials, das dem Verfasser durch besondere Beziehungen zur Verfügung gestellt ist, und nach seiner Verbesserung weiter zur Verfügung bleiben wird, und an der Hand genauer Karten und Skizzen in zwanglosen Heften, je nach der Häufigkeit der Ereignisse, die kriegerischen Vorkommnisse zur Darstellung bringen. Das vorliegende erste Heft enthält: Ursachen des Krieges. Die beiderseitigen Kampfmittel. Ausbruch des Krieges. Die Neutralität der Mächte. Wirkung der kriegerischen Ereignisse auf die Stimmung und Maßnahmen der Heeresleitungen. Betrachtungen über die militärische Lage und wahrscheinlichen Operationen. Völkerrechtliche Fragen. Politische Gruppierung der Staaten. 3 Anlagen, 1 Karte, 2 Skizzen, 60 Seiten gr. 8. Text. Preis 1,20 M. Die folgenden Hefte werden sich in ähnlichem Preisverhältnis halten.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe:

Freitag, 18. März. Abt. B. 44. Ab.-Vorst. (Große Preise.) „Samson und Dalila“, Oper in 3 Akten von Ferdinand Lesmaire, deutsch von Richard Kohl, Musik von E. Saint-Saëns. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Samstag, 19. März. Abt. C. 44. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) Zum erstenmal: „Tessa“, Tragödie in 5 Akten von Wilhelm Weigand (Uraufführung). Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Wetter am Mittwoch, den 16. März 1904.

Hamburg, Neufahrwasser, Meß und München trüb; Schweinfurt, Münster und Chemnitz ziemlich heiter; Breslau heiter.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 17. März 1904, vormittags 7 Uhr.
Tiefst halbedelt 10 Grad; Nizza wolfig 8 Grad; Florenz bedeckt 7 Grad; Rom bedeckt 9 Grad.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 17. März 1904.

Der Luftdruck nimmt heute von einem Maximum, das die Ostsee und Nordwestrußland bedeckt, bis zu einer Depression ab, welche nordwestlich von den britischen Inseln liegt. Im Norden Deutschlands hat es aufgeklimmt und die Temperaturen sind unter den Gefrierpunkt gesunken; im Süden war es dagegen am Morgen noch trüb und verhältnismäßig warm. Wenig bewölkt und rauhes Wetter ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom.	Therm.	Abf.	Feuchtigk.	Wind	Himmel
	mm	in C.	in mm	in %		
16. Nachts 9 ⁰⁰ U.	749.7	6.7	5.4	74	NE	bedeckt
17. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	747.5	2.3	5.0	93	„	„
17. Mittags 2 ⁰⁰ U.	745.6	8.7	5.7	68	„	„

Höchste Temperatur am 16. März: 8.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 1.7.

Niederschlagsmenge des 16. März: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Magau, 17. März: 3.60 m, gefallen 3 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaß in Karlsruhe.

Braut-Seide

— Zollfrei — Muster an Jedermann! —
Seidenfabrik. Henneberg, Zürich.

Himmelheber & Vier, grösstes **Spezial-Wäsche-Ausstattungs-geschäft**, liefern **komplette Braut- u. Baby-Ausstattungen**
 Karlsruhe, Kaiserstrasse 171, eigene Wäschefabrik mit Wasch- und Bügelanstalt, in jeder Preislage.

Unentbehrlich für jede Familie!



Underberg - Boonekamp
 Sempere idem,
 Fabrikation alleiniges Geheimnis der Firma:
H. UNDERBERG-ALBRECHT
 Hoflieferant Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm II.
 am Rathhause in **RHEINBERG** am Niederrhein.
 Gegr. 1846.
Anerkannt bester Bitterlikör!
 24 Preis-Medaillen!
 Man verlange ausdrücklich: **Underberg-Boonekamp.**



Ludwig Schweisgut, 8942
 Hoflieferant, Karlsruhe,
 4 - Erbprinzen-Strasse - 4.
 Gediegenste Auswahl in
Flügel, Pianinos, Harmoniums.
 Nur allerbeste Fabrikate wie: **Bechstein, Blüthner, Steinweg Nachf., Steinway & Sons, Ibach, Kaps, Thürmer, Mannborg** u. A.
 Ueber 100 Instrumente zur Auswahl.
Reelle Preise. Fachmännische Garantie.
 Umtausch alter Klaviere. Gespielte Instrumente billigst.
 Reparaturen. - Stimmungen.

Brennholz- und Stren- laub-Versteigerung.
 Das Großh. Forstamt Durlach ver- steigert am **Dienstag den 22. März d. J.**, vormittags 10 Uhr, in Schöbels Halle in Durlach anfangend, aus Domänenwald Hundstangen von einem Ausstiege, 2 Ster buchenes, 80 Ster forlenes Scheitholz, 2 Ster eichenes, 8 Ster gemischtes, 20 Ster forlenes Prügelholz, 1 Loos Schlag- raum; aus Domänenwald Rittner, Abtei- lung 8, 11, 13, 14, 15, 16, 20, von einer Räumung, einem Wegaufstiege, von Bindfällern, abgängigen Hölzern 72 Ster buchenes, 20 Ster eichenes, 9 Ster gemischtes, 47 Ster Nadel- Scheitholz, 15 Ster buchenes, 17 Ster gemischtes, 2 Ster Nadelprügelholz, 225 gemischte Wellen, 7 Loos Schlag- raum, 8 Loos Stämme, von einer Räu- terung 18 Faschienenhaufen.
 Forstwart Bauer in Bergshausen zeigt das Holz auf Verlangen vor. Zum Schlusse etwa 30 Loos Stren- laub ab den Holzabfuhrwegen der Do- mänenwaldungen Hohberg, Schloß- berg, Rittner, welche vorzigeigen Do- mänenwaldhüter Weiss in Wöfzingen, Wolf in Wöfzbach und Forstwart Bauer in Bergshausen. §. 716 * 2.

Hch. Fr. Rothweiler,
Möbelfabrik, 37 Amalienstrasse, Karlsruhe,
 empfiehlt sein grosses Lager, sowie die Anfertigung von **Schlaf-, Wohn-, Ess- und besseren Zimmer-Einrichtungen im einfacheren u. neueren Stil, sowie einzelnen Ergänzungsmöbeln, stets vollständige**
Aussteuern
 mit kompletten Betten in nur bekannter, solider Ausführung zu äusserst mässigen Preisen.
 Bestellungen nach jeden oder eigenen Zeichnungen werden umgehend angefertigt. Desgleichen reiche Auswahl in Polster- möbeln, ganze Garnituren, Diwans, Fauteuils etc., mit den neueren Bezugstoffen in nur guter Polsterang. §. 766

Für die notleidenden Anfiedler-Familien in Deutsch-Südwestafrika.
 Samstag, den 19. März, abends 7 1/2 Uhr, im **Museums-Saale**
 Vortrag von **Ernst Osterroht-Eichen:**
„Die norddeutschen Volksstämme bei sich zu Hause.“
 Referierte Plätze: erste Saalhälfte 3 M., zweite Saalhälfte und erste Reihe der Galerie 2 M., nichtnummerierte Plätze 1 M., Schüler- karten 50 Pf.
 Vorverkauf für alle Plätze bei **Hans Schmidt**, Friedriehsplatz 9; für nichtnummerierte und Schülerkarten in der **Braun'schen Hofbuch- handlung**, Kaiserstrasse 58, und in der **Ulrich'schen Buchhandlung**, Kaiserstr. 157.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende vor 9 Uhr.
 Der Reinertrag fließt in die Kasse der Deutschen Kolonialge- sellschaft zugunsten der durch den Herero-Aufstand aufs Schwerste ge- schädigten deutschen Anfiedler in Südwestafrika. §. 805

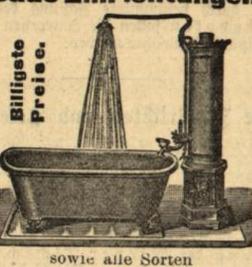
Bekanntmachung.
 Die Beschäftigung der **Rechtspraktikanten** betr.
 Bei dem unterzeichneten Amt wird auf 1. April d. J. die **Kolonialstelle** für einen **Rechtspraktikanten** frei.
 Stollach, den 14. März 1904.
 Großh. Bezirksamt. §. 790
 König.

Nächste Woche!
Ziehung 23., 24. und 26. März 1904
 zu Freiburg i. Br. 250.000 Loose.
Freiburger Geld-Lotterie
 zur Wiederherstellung des Münsters zu Freiburg.
Loose à M. 3.30 Porto und Liste 30 Pf. extra.
12,184 Geldgewinne, ohne Abzug:
M. 322,500
 1 Haupt-Gewinn M. 100,000
 1 Haupt-Gewinn M. 40,000
 1 Haupt-Gewinn M. 20,000
 1 Haupt-Gewinn M. 10,000
 1 à 5000 = 5000
 2 à 3000 = 6000
 2 à 2000 = 4000
 5 à 1000 = 5000
 20 à 500 = 10000
 200 à 100 = 20000
 200 à 50 = 10000
 1000 à 20 = 20000
 2000 à 10 = 20000
 8750 à 6 = 52500
 In Karlsruhe zu haben bei: **Carl Götz, Lotteriebänk, Hebelstrasse III/5.**
 In Karlsruhe zu haben bei: **Chr. Wieder, Kriegstrasse 3a, C. Wegmann, Waldstrasse 29, Jakob Heppes, Erbprinzenstrasse 20, Ludwig Michel, Amalienstrasse 5. §. 218.9**
 Zu beziehen durch die General-Agentur **Eberhard Fetzer in Stuttgart** und durch die Direktion der Freiburg Münsterbau-Lotterie in Freiburg i. B.

Badische Bank
 Gemäß § 244 des Handelsgesetz- buches machen wir hiermit bekannt, daß Herr **Dr. Gustav Hohencmfer**, Mannheim, in den Aufsichtsrat gewählt worden ist. §. 801
 Mannheim, den 16. März 1904.
Der Vorstand.

Bekanntmachung.
 Die II. Ratsschreiberstelle in hiesiger Stadtgemeinde ist infolge Einrückens des seitverigen Inhabers in die I. Rat- schreiberstelle auf 1. Juni 1904 neu zu besetzen. §. 793
 Geeignete Bewerber, insbesondere solche, welche im Verwaltungsdienste gut befähigt sind, wollen ihre Gesuche unter Angabe des Lebenslaufes und unter Vorlage von Zeugnissen inner- halb 14 Tagen beim Bürgermeister- amte schriftlich einreichen. In dem Gesuche ist ferner der Gehaltsanspruch zu bezeichnen.
 Waldshut, den 14. März 1904.
 Gemeinderat:
 Büchtele. Probst.

Großh. Bad. Staats- Eisenbahnen.
 In den Abschnitt I des Ausnahmestarfs für Getreide des süddeutschen Österreichisch-ungarischen Eisenbahn- des wird ab 1. April 1904 die unga- rische Station Beszprem mit dem um 0,04 M. erhöhten Frachtsätzen der Station Jutas aufgenommen.
 Karlsruhe, den 15. März 1904.
 Gr. Generaldirektion.

Konrad Schwarz
Installation, Waldstr. 50
 a. 500 Telephon 1017
 bringt sein grosses Lager in **Bade-Einrichtungen**
 Billigste Preise.

 sowie alle Sorten **Badeöfen, Wannen** und Zubehörteile in empfe- lende Erinnerung.

Bekanntmachung.
 Durch den Beschluß der Gesellschafter vom 16. Aug. 1903 ist die Gesellschaft aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert sich bei derselben zu melden.
Mannheim, den 15. März 1904.
Erste Mannheimer Fäbrik Bopp & Co. (G. m. b. H.) in Liquidation.
 Der Liquidator: **Karl Bopp.**

Großh. Bad. Staats- Eisenbahnen.
 An Stelle der bisherigen Ausnahme- frachtsätze für Größel, Märbel und Schieferplatten nach Mannheim im ost- mittel-süddeutschen Verbandsgüter- tarif sind am 15. März l. J. solche auf der Grundlage des Spezialtarifs III getreten.
 Karlsruhe, den 16. März 1903.
 Großh. Generaldirektion.

Holz-Versteigerung.
 Karlsruhe. Die Stadt Karlsruhe läßt aus ihrem Waldbezirk **Rappen- wörth** mit Ziel auf 1. November l. J. versteigern:
 Montag den 21. d. M.
 (nach der Versteigerung des Holzes in Kapfelwörth) auf dem Rathhause in Forstheim:
 1 Wagnereiche, 3 Eichen, 7 Buchen und 3 Birken, I. und II. Klasse, 1 Kirschebaum und 9 Pappelsägemme, 9 Ster eichene und 3 Ster Pappelholz- holzrollen, 104 Ster eichenes, russche- nes, forlenes und Pappel-Scheit- und Prügelholz, 1500 harte und gemischte Wellen. §. 795
 Zusammenkunft zur Holzvorzeigung um halb 8 Uhr am alten Darlander Begei (Mühlstein).
 Karlsruhe, den 12. März 1904.
 S. Hamm.

Handschuhe Krawatten Hosenträger
 anerkannt vor- zügliche Qualitäten empfehlen
Ludwig Oehl
 Nachfolger **Karlsruhe** Kaiserstrasse 112.

Bergebung von Bauarbeiten.
 Zur Erweiterung des Amtshauses in Waldshut sollen die Sand-Stein- hauerarbeiten - helles und rotes Mate- rial - die Zimmer- und Schmiede- arbeiten, die Malzeifenlieferung, die Blech-, Verputz- und Gipserarbei- ten, sowie die Herstellung der Wasser- leitung durch öffentliches Ausschreiben vergeben werden. §. 794.1.2
 Angebotsformulare und Bedingun- gen - erziehe gegen Erlass des Selbst- kostenpreises - sind auf unserem Bu- reau jeweils nachmittags von 2 bis 6 Uhr erhältlich, wofolbst auch die Zeichnungen eingesehen werden könn- en. Verschlossene und mit entspre- chender Aufschrift versehen Angebote sind post- und befreigeldfrei bis Dienstag den 29. d. M., nachmittags 5 Uhr, der unterfertigten Stelle einzu- reichen, wo ihre Eröffnung in Unver- tenheit etwa erscheinener Submittenten stattfindet.
 Zuschlagsfrist: 4 Wochen.
 Waldshut, den 16. März 1904.
 Gr. Bezirksbauinspektion.

Offene Schreibgehilfenstelle.
 Die bei diesseitiger Gemeindefor- waltung vakant gewordene Schreibge- hilfenstelle ist auf 15. April d. J. zwei- der zu besetzen. §. 791
 Anfangsgehalt 600 Mark.
 Die Bewerber wollen ihre Gesuche unter Anschluß eines selbstgeschriebe- nen Lebenslaufes und etwaiger Zeug- nisse bis zum 31. März d. J. bei un- terzeichnetem Gemeinderat einreichen.
 Stadt Rehl, den 16. März 1904.
 Der Gemeinderat.
 Weutter.

Holzversteigerung.
 Großh. Forstamt Stollach verstei- gert aus Domänenwald Hechlerwald, Hochbuch und Gomburg (aus Abt. Wälderente und fast allen übrigen Abteilungen) am
Mittwoch den 23. März 1904,
 von morgens 10 Uhr an im Gasthause „zum Kreuz“ in Gendorf:
 254 Nadelstämme, 36 Nadellöse, 5 Stiel fichtene Bauftangen; 19 Ster buchenes, 2 birkenes, 1 erlenes, 9 aspe- nes und 181 Nadel-, Scheit- und Nadel- holz, 22 Ster buchenes, 1 erlenes, 2 apenes und 68 Nadel-Prügelholz; 63 Ster Nadelstochholz; 2 Ster buch- nes Reisholz, 45 buchene und 275 Nadel-Normalwellen; 4 Loos Schlag- raum.
 Domänenwaldhüter Thum in Müll- singen, sowie Forstwart Jäger in Gendorf und Kupferschmid in Liptingen erteilen nähere Auskunft. §. 765

Freiwillige Gerichtsbarkeit.
Bekanntmachung.
 §. 787. Karlsruhe. Ueber den Nach- laß des am 30. Januar 1904 zu Gra- ben verstorbenen Landwirts **Karl Leo- pold Nagel** von da, wurde auf Antrag sämtlicher Miterben durch diesseitigen Beschluß vom 9. März 1904, Nr. 6101 die Nachlassverwaltung angeordnet und unterm heutigen Waffentat **Wil- helm Gauer** in Graben als Nachlass- verwalter ernannt.
 Karlsruhe, den 14. März 1904.
 Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts- Hiesler.
 §. 207. Nr. 2073. Engen. Tage- löhner **Philipp Greuter** von Engen wurde durch Beschluß Gr. Amtsgerichts Engen vom heutigen wegen Trunksucht auf Grund des § 6 Ziff. 3 B.G.B. gütlichmündigt.
 Engen, den 21. Februar 1904.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts- Schweinshart.

Mammern
 am Bodensee **Wasserheilanstalt** Schweiz 410 m.
 Sanatorium für Nerven- und innere Krankheiten.
Heilfaktoren: Mediz.-wissenschaftl. Behandlung im Allgemeinen; milde Wasserheilverfahren, Elektrizität, Lichttherapie, Massage, ratio- nelle Lebensweise, Terrainkurwege. Reizende Lage in grossem, see- umspülten Parke. - Prospekt franko. - Eröffnung 5. April.
 §. 797.1
 Besitzer und Arzt: **Dr. O. Ullmann.**